

Oliver Nachtwey

Marktsozialdemokratie

Göttinger Studien zur Parteienforschung

Herausgegeben von
Peter Lösche
Franz Walter

Oliver Nachtwey

Marktsozial- demokratie

Die Transformation von
SPD und Labour Party



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

1. Auflage 2009

Alle Rechte vorbehalten

© VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2009

Lektorat: Frank Schindler

VS Verlag für Sozialwissenschaften ist Teil der Fachverlagsgruppe
Springer Science+Business Media.

www.vs-verlag.de



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg
Druck und buchbinderische Verarbeitung: Krips b.v., Meppel
Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier
Printed in the Netherlands

ISBN 978-3-531-16805-0

Inhalt

1. Einleitung	9
2. Institutionalistische Parteiensoziologie	22
2.1 Parteien als gesellschaftlich eingebettete Akteure	27
2.2 Parteien als Organisationen	32
2.3 Politische Paradigmen und die soziale Gerechtigkeit	38
3. Vorkeynesianische Sozialdemokratie	45
3.1 Die Genese von SPD und Labour Party	45
3.2 Die wirtschaftlichen Grenzen des Reformismus	57
3.3 Spielarten des Wohlfahrtskapitalismus: Deutschland und Großbritannien	60
3.4 Das politische Paradigma der vorkeynesianischen Sozialdemokratie	67
4. Wohlfahrtsstaat und keynesianische Sozialdemokratie	88
4.1 Kapitalismus, Arbeitsgesellschaft und Wohlfahrtsstaat	88
4.2 Gleichheit und Gerechtigkeit im Wohlfahrtsstaat	92
4.3 Das Zeitalter des Keynesianismus	94
4.4 Das politische Paradigma der keynesianischen Sozialdemokratie	97
4.5 Zur Logik sozialdemokratischer Volksparteien	104
5. Das Goldene Zeitalter der Sozialdemokratie	109
5.1 Sozialliberaler Kollektivismus: Die Labour Party	109
5.2 Keynesianischer Korporatismus: Die SPD	129

6. Das böse Erwachen aus dem kurzen Traum	154
6.1 Vom Aufbruch zur Ernüchterung – die SPD bis 1982	156
6.2 Thatcher ante portas: Labours Selbstdemontage	163
6.3 Die „organische Krise“ der keynesianischen Sozialdemokratie	171
7. Die Transformation zur Marktsozialdemokratie	173
7.1 Der Aufstieg des Neoliberalismus	174
7.2 Zersetzung, Erneuerung und Dritte Wege	177
7.3 Von Old Labour zu New Labour	184
7.4 New Labour an der Regierung	200
7.5 Erst langsam, dann stürmisch: die Transformation der SPD	208
7.6 Nachholender Revisionismus der SPD	221
7.7 Das politische Paradigma der Marktsozialdemokratie	235
7.8 Varianten der Marktsozialdemokratie	249
8. Legitimationsprobleme der Marktsozialdemokratie	265
8.1 Die Entwicklung der Ungleichheit	267
8.2 Legitimierungsdiskurse und „Sachzwänge“	269
8.3 Populismus, Depolitisierung und Postdemokratie	274
8.4 Hat die Marktsozialdemokratie eine Zukunft?	276
Literaturverzeichnis	280

Abbildungen und Tabellen

<i>Abbildung 1:</i>	Gerechtigkeitsprinzipien	42
<i>Abbildung 2:</i>	Das politische Paradigma der vorkeynesianischen Sozialdemokratie	80
<i>Abbildung 3:</i>	Varianten der keynesianischen Sozialdemokratie	151
<i>Abbildung 4:</i>	Die Entwicklung der Staatsquote	170
<i>Abbildung 5:</i>	Keynesianische Sozialdemokratie und Marktsozialdemokratie im Vergleich	244
<i>Abbildung 6:</i>	New Labour und SPD im Vergleich	255
<i>Abbildung 7:</i>	BIP-Wachstum und Arbeitslosenquote in Großbritannien und Deutschland	256
<i>Abbildung 8:</i>	Nominales Wachstum der Staatsausgaben	258
<i>Tabelle 1:</i>	Durchschnittliche Wachstumsraten	155
<i>Tabelle 2:</i>	Durchschnittliche Arbeitslosigkeit	155
<i>Tabelle 3:</i>	Durchschnittliche Inflationsraten	156

1. Einleitung

„Diese Sozialdemokratie ist ja – auf beiden Seiten – längst keine mehr; sie ist in Wahrheit, nach innen und nach außen, eine brave, arbeiterfreundliche Bürgerpartei, und oft nicht einmal mehr das. Es ist lächerlich, die neue Erde mit den alten Vokabeln bewältigen zu wollen.“

Kurt Tucholsky

„It's not my burning ambition to make sure that David Beckham earns less money.“

Tony Blair

Es ist eine Epochenwende für die Sozialdemokratie. Die einst stolzen Massenparteien auf Klassenbasis, die sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu immer noch imposanten linken Volksparteien runderneuert hatten, nehmen eine neue Gestalt an. Die soziale Basis wurde in einem lang anhaltenden Prozess auf zweifache Weise unterspült und ausgehöhlt: Im modernen Wohlfahrtsstaat enthomogenisierte und enttraditionalisierte sich das historische Subjekt der Sozialdemokratie, die Arbeiterschaft. Zudem: Immer weniger Bewohner der alten und neuen Arbeiterquartiere finden den Weg in die Sozialdemokratie, der Zustrom von modernen Arbeitnehmern, geschweige denn den Trägern der neuen sozialen Frage(n), den „Prekariern“, „Exkludierten“ und „Überflüssigen“, ist zu dürftig, um die alte Organisationsstärke zu erhalten. Die deutsche SPD und die britische Labour Party haben in den letzten 30 Jahren rund die Hälfte ihrer Mitglieder verloren. All dies kennzeichnet gewiss einen „historisch säkularen Einschnitt“ (Walter 2004: 9).

Um die SPD und die Labour Party, die sich zwischenzeitlich „New Labour“ auf die Mitgliedskarten hatte drucken lassen, soll es in dieser Arbeit gehen. Die „ungleichen Schwestern“ (Berger 1997) und bedeutendsten sozialdemokratischen Parteien in Europa haben sowohl in der älteren wie auch in der jüngeren Vergangenheit die Kontrastfälle für sozialdemokratische Modernisierungsversuche geliefert. Während Helmut Schmidt in den 1970er Jahren das „Modell Deutschland“ feierte, sprach man auf der Insel von der „britischen Krankheit“. In den letzten zehn Jahren wurden die Rollen getauscht, die Labour Party erschien

modern und erfolgreich, während Deutschland den „kranken Mann Europas“ abgab und die SPD den Part der traditionalistischen Beharrung.

Historisch betrachtet stehen die sozialdemokratischen Parteien für das Erbe und die Tradition der nichtkommunistischen Arbeiterbewegung, für die Emanzipation der unteren Schichten, für das demokratische Streben nach der Gesellschaft der Gleichen und Freien, für Aufklärung, für den demokratischen Sozialismus und vor allem: für soziale Gerechtigkeit. Aber welche Bedeutung hat dieses Erbe heute überhaupt noch? Ist es mehr als ein programmatisch verkümmertes Residuum? Hierum soll es in dieser Arbeit gehen: nicht um den mitunter dramatischen Wandel der sozialen Basis, sondern um die politisch-ökonomischen und programmatischen Veränderungen. Diese stehen im Mittelpunkt der in dieser Arbeit diagnostizierten Transformation zur Marktsozialdemokratie.

Mit dem Aufkommen der Philosophie des Dritten Weges, die die Labour Party und zeitweilig auch die SPD zutiefst prägte, begann in den 1990er Jahren eine dem großen Revisionismusstreit des frühen 20. Jahrhunderts in nichts nachstehende Debatte über die Reformulierung und programmatische Neubestimmung sozialdemokratischer Politik (Merkel 2000a). Was steckt hinter diesem Konzept? Der Dritte Weg begreift sich als Alternative sowohl zum konservativen Neoliberalismus als auch zur „alten“ etatistisch-keynesianischen Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie müsse sich drastisch ändern, so die Protagonisten des Dritten Weges, weil sich auch die Welt drastisch geändert hat. Globalisierung, Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft würden das bestehende politische Modell der Sozialdemokratie in Frage stellen. Nötig sei deshalb die Neubegegründung sozialdemokratischen Handelns. Die Philosophie des Dritten Weges enthält weitreichende programmatische Erneuerungsvorschläge. Die traditionelle politische Ökonomie und Sozialphilosophie der Sozialdemokratie soll auf den Prüfstand gestellt, „modernisiert“ und „reformiert“ werden. Im Schröder-Blair-Papier (1999), dem wichtigsten Dokument des Dritten Weges neben Anthony Giddens gleichnamiger Schrift, sollen die „zeitlosen“ Werte „Fairness, soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Chancengleichheit, Solidarität und Verantwortung“ den Kern sozialdemokratischer Politik definieren und die zukünftige Programmatik ausmachen.

Genau hier liegt die Crux. Denn diese Werte sind alles andere als zeitlos und stabil, sondern gerade in der jüngeren Modernisierungsperiode der Sozialdemokratie ist der soziale *Inhalt* dieser Begriffe – sowohl programmatisch als auch auf die materielle Politik bezogen – einem starken Wandel unterzogen. Im Zentrum dieser Wertediskussion steht der Begriff „soziale Gerechtigkeit“, der

„Identitätskern“ der Sozialdemokratie. Kurz gesagt, wird die „alte“ Verteilungsgerechtigkeit von den programmatischen Erneuerern als nicht mehr passend zu den Anforderungen an eine moderne, erneuerte Sozialdemokratie gesehen.

Was verstehen nun die modernen Sozialdemokraten unter sozialer Gerechtigkeit? Welchen neuen Inhalt erzeugt die „Umwertung der Werte“ (Lessenich 2003d), die in ihrer sprachlichen Hülle gleich bleiben und an deren überlieferten Bedeutung die politischen Akteure anknüpfen? Welche Semantik transportieren sie? Das ist die Leitfrage dieser Arbeit, die im Gesamtkontext des Wandels der SPD und der Labour Party – der Transformation zur Marktsozialdemokratie – geklärt werden soll. Denn es ist unerlässlich, auch zu fragen: Wie hängt die Umwertung der Werte mit dem Wandel der politischen Ökonomie, also wie die Sozialdemokratie über das Verhältnis von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft analytisch und normativ reflektiert, der Diagnose der Globalisierung, neueren Sozialphilosophien, eben all dem, was unter dem Label Dritter Weg firmiert, zusammen? Dies kann nur in historischer Vergleichsperspektive verstanden werden. Denn das Neuartige erschließt sich aus der Kenntnis der Vergangenheit. Nur im Kontrast zu den Erfahrungen, den Traditionsmustern von SPD und Labour Party lässt sich ihr Wandel verstehen. Deshalb sind nicht unwesentliche Teile dieser Arbeit der Rekonstruktion der Vergangenheit gewidmet, um eine Vergleichsfolie herzustellen. Der Vergleich findet also nicht nur zwischen den beiden Parteien, sondern auch als Untersuchung des Wandels einer Partei in historischer Perspektive statt. Dafür werden sowohl die geschichtlichen Wurzeln von SPD und Labour Party als auch die Grundzüge der Sozialdemokratie in der Nachkriegsära – mit Blick auf die institutionellen Eigenlogiken der jeweiligen Sozialmodelle – rekonstruiert.

Um die jüngste Periode der Sozialdemokratie zu kennzeichnen, wird in dieser Arbeit nicht auf den Begriff *Dritter Weg* zurückgegriffen, sondern sie wird als Transformation zur *Marktsozialdemokratie* bezeichnet. Es gibt mehrere Einwände gegen den Begriff Dritter Weg. Historisch ist es eine häufig herangezogene Metapher – und dadurch ein uneindeutiges Konzept. So wurde diese begriffliche Hülle nicht nur von der sozialdemokratischen Erneuerung in der Post-1989-Ära in Anspruch genommen, sondern ebenso von liberalen innersozialistischen und innerkommunistischen politischen Strömungen, von Teilen der DDR-Opposition ebenso wie von den ordoliberalen Vordenkern der sozialen Marktwirtschaft (Gallus/Jesse 2001). Im Grunde hat sich die Sozialdemokratie der Nachkriegszeit selbst immer als Dritten Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus betrachtet.

Der neue Dritte Weg der Sozialdemokratie ist eine normative, programmatische und strategische *Agenda* (vgl. Weßels 2001). Ende der 1990er Jahre markierte er politische Handlungsoptionen und ein normatives Leitbild von einigen, gleichfalls wichtigen intentionalen Akteuren. Viele Ideen des Dritten Weges konnten in der letzten Dekade in Programmatik der Parteien diffundieren, intellektuelle wie praktische Bewährungsproben aushalten und sich teilweise in Regierungspolitik übersetzen. Die Agenda des Dritten Weges stand sicherlich für viele Elemente der erneuerten Sozialdemokratie Pate, indes bei Weitem nicht für alle. Labour Party und SPD haben sich modernisiert, aber ihre Eigengesetzlichkeit beibehalten. Mittlerweile ist der Dritte Weg auch als intellektuelle Agenda, die einen positiven Bezugspunkt für sozialdemokratische Akteure hergibt, fast verschwunden, weil mit ihm viele, vor allem für Aktivisten und Aktivistinnen an der Parteibasis, als schmerzhaft empfundene Erneuerungen verbunden waren.

Nicht zuletzt gab es in der Gemeinschaft der Wissenschaftler gerade beim Begriff des Dritten Weges eine starke Tendenz des „confusing politics with political science“ (Kersbergen 2003: 258), wodurch viele Arbeiten politische Stellungnahmen und weniger wissenschaftliche Analysen wurden. Aus diesen Gründen und auch um deutlich zu machen, dass es sich nicht nur um eine programmatisch-strategische Agenda handelt, sondern um ein neues Modell der Sozialdemokratie, das sich in den letzten 15 Jahren herausgebildet hat, wird in dieser Arbeit die erneuerte Sozialdemokratie mit dem Begriff Marktsozialdemokratie erfasst.

Obwohl sozialdemokratische Parteien der wichtigste politische Ausdruck der Arbeiterbewegung sind und ganze Bibliotheken an Literatur über sie existieren, gab es bis Mitte der 1980er Jahre keine adäquate theoretische Bestimmung ihres Charakters und Wandels (vgl. Esping-Andersen 1985: 3). Wenngleich dieses Problem immer noch besteht (und auch aus epistemologischen Gründen nicht behoben werden kann), folgt diese Arbeit zwei theoretischen Prämissen. Erstens, dass sozialdemokratische Parteien auf der historischen Spaltungslinie zwischen Kapital und Arbeit beruhen (Lipset/Rokkan 1967), und dass für den Klassenkompromiss, der Demokratie und Kapitalismus koexistieren lässt, der Wohlfahrtsstaat eine zentrale Rolle gespielt hat – und bis heute spielt. Zweitens, dass, anders als Esping-Andersen es nahe gelegt hat, die Politik der Nachkriegssozialdemokratie nicht nur „politics against the markets“ (1985) war. In dieser Sichtweise waren sich sowohl die Protagonisten des Dritten Weges als auch ihre schärfsten Kritiker implizit immer einig. Allerdings von gänzlich verschiedenen Standpunkten: Während „moderne Sozialdemokraten“ eine Politik gegen die Märkte für ein – obendrein falsches – Politikmodell der Vergangenheit halten,

erblicken ihre Kritiker genau in der Abkehr von dieser Politik den Sündenfall der Sozialdemokratie. Demgegenüber soll hier die Perspektive eingenommen werden, dass die Nachkriegssozialdemokratie in ihrem Kern die widersprüchliche und simultane Kombination der *Politik abgefederter Märkte* betrieben hat. Sie war zu jeder Zeit ein produktiver Erneuerer und Bewahrer der Marktwirtschaft, hat aber gleichzeitig immer versucht, die Wucht des Marktes und seine Risiken für das Individuum erträglich zu gestalten. Nimmt man diese Perspektive ein, dann erscheint sowohl die Nachkriegssozialdemokratie in einem anderen Licht als auch ihre jüngste Transformation. Dann ist die Marktsozialdemokratie nicht der Bruch mit den Prinzipien der Nachkriegssozialdemokratie, sondern ihre Fortsetzung in erneuerter Form. Möglich ist diese Kontinuität durch den immanenten Produktivismus der sozialdemokratischen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Produktivistische Politik, der politökonomische Kern der Nachkriegssozialdemokratie, heißt, ökonomische Effizienz und redistributive Politik miteinander in Einklang zu bringen. Der Übergang von der keynesianischen zur Marktsozialdemokratie zeichnet sich dabei durch einen neuen Produktivismus, eine kompetitive Neukomposition aus Ökonomie und Gerechtigkeit aus. Der keynesianische Produktivismus erkennt in der *materiellen Redistribution* einen *produktiven Nebeneffekt*, weil sowohl höhere Löhne, Sozialleistungen oder der Ausbau der sozialen Daseinsvorsorge einen Beitrag zum Wachstum darstellen. Die Marktsozialdemokratie bleibt im Kern produktivistisch, gleichwohl anders konfiguriert: *Produktive Investitionen* in das Soziale sollen hier einen *redistributiven Nebeneffekt* haben.

Daher unterscheidet sich die Marktsozialdemokratie – anders als viele ihrer Kritiker glauben – auch qualitativ vom Neoliberalismus, der prinzipiell antiredistributiv ist. In der Marktsozialdemokratie ist der Kern des sozialdemokratischen Modells der Nachkriegszeit gewandelt, aber erhalten geblieben. Es geht weiterhin um die Vereinbarkeit von Markt und sozialer Gerechtigkeit. Aber die Ziele und die Instrumente haben sich grundlegend verändert. Die keynesianische Sozialdemokratie wollte die Macht der Märkte begrenzen, sie aber gleichzeitig erhalten. In der Marktsozialdemokratie des 21. Jahrhunderts hat sich das Verhältnis doppelt verkehrt: Der Markt soll mit den Mitteln des Sozialen und des Staats gefördert und das Soziale zwar erhalten, aber nach den Prinzipien des Marktes gesteuert werden. Die Marktsozialdemokratie hat heute kaum noch etwas mit der Politik *abgefederter Märkte* zu tun, mit den entschleunigten Ruhezeiten, den Haltelinien und Puffern des fordistischen Sozialstaats. Selbst in die Schutzzonen des Wohlfahrtsstaates ist die Unsicherheit eingezogen. Die Marktsozialdemokratie ist rational-ökonomischer und moralischer zugleich. Dies zeigt

sich deutlich am Leitbild des „aktivierenden Sozialstaats“. Die öffentliche und kollektive Risikobegrenzung wird darin nicht abgeschafft, aber zunehmend durch private und individuelle Eigen- und Selbstvorsorge substituiert. Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen. Die Marktsozialdemokratie ist nicht staatsavers, im Gegenteil: Sie setzt aktiv den Staat ein, um der Marktlogik Geltung zu verschaffen. In der Dialektik aus Wandel und Kontinuität steht am Ende eine Sozialdemokratie, die zwar in ihrem produktiven Kern erhalten geblieben ist, sich aber gleichsam ihrer elementaren Prinzipien und Ziele entkleidet hat.

Die Legitimationsprobleme, die SPD und Labour Party erfahren, sind ein Ergebnis dieser Entwicklung. Sowohl die konkrete Politik als auch ihre sozialphilosophischen Begründungsmuster und Wertgrundlagen stehen oftmals im Widerspruch zur klassisch sozialdemokratischen Identität. Einerseits geht es bei den Legitimationsproblemen um den programmatischen Suchprozess, um die Schwierigkeiten, die neue Politik mit einer *Wertbegründung* zu versehen. Andererseits treffen sowohl die neue Politik als auch die veränderten Werte bei der Bevölkerung ebenso wie bei den Anhängern auf große Skepsis. Eine neue große Erzählung, die integriert, Sinn stiftet und Loyalitäten erzeugt, ist nicht in Sicht.

In dieser Arbeit wird nach dem Zusammenhang zwischen erneuerter sozialdemokratischer Gegenwartsdiagnose, politischer Ökonomie, Regierungshandeln, Sozialphilosophie und dem Leitbegriff soziale Gerechtigkeit gefragt. Letzterer ist der Schlüsselbegriff sozialdemokratischen Handelns, eigenes Leitbild und Maßstab, aber in seiner Deutung umkämpft. Denn wie Reinhard Koselleck (1972) argumentiert, sind Begriffe nicht nur Indikatoren, sondern auch Faktoren des Sozialen, sie geben Einblick in die Vergangenheit, gleichwohl ebnet sie auch die Wegmarken der Zukunft. Um dem Begriff der sozialen Gerechtigkeit der Marktsozialdemokratie auf die Spur zu kommen, reicht es nicht, seine neue(n) Bedeutung(en) zu entschlüsseln. Man kann ihn nur als Teil der historischen Tradition sozialdemokratischer Parteien, ihrer spezifischen Denkweisen und Einbettung in gesellschaftliche Strukturen verstehen. Deshalb werden in dieser Arbeit zum einen die konkreten Policies des Regierungshandelns analysiert und auf ihren Gerechtigkeitsgehalt überprüft, zum anderen werden die grundlegenden programmatischen Dokumente und die Semantik von sozialer Gerechtigkeit dazu in Beziehung gesetzt. Es geht also um das wechselseitige Verhältnis von Programmatik und Politik. Die Reflexionsweise sozialdemokratischer Parteien über Strukturen, ihre Verbindung mit normativen Grundwerten sowie die Formulie-

nung von Policyalternativen wird als *politisches Paradigma* bezeichnet (vgl. Kapitel 2), das aus einer Zeitdiagnose und einer politischen Ökonomie besteht. Nur in diesem Ensemble des kollektiven Wissens (zu dem auch die Überzeugungen gehören) lässt sich ein Grundwert wie soziale Gerechtigkeit verstehen. Wie ein früher Theoretiker der Sozialdemokratie wusste:

„Über soziale Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit wird durch eine einzige Wissenschaft entschieden – durch die Wissenschaft, die sich mit den materiellen Tatsachen von Produktion und Austausch befasst, die Wissenschaft von der politischen Ökonomie“ (Engels 1881: 247).

Durch den Vergleich von zwei Parteien, der Labour Party in Großbritannien und der SPD in Deutschland, sind Erkenntnisse über die Spielarten der Marktsozialdemokratie und ihr politisches Paradigma möglich, ihrer Varianz wohlfahrtsstaatlicher Politik und ihrem Verständnis von sozialer Gerechtigkeit. Durch eine *historische Narration*, welche die geschichtliche Konfiguration beider Parteien zu Vergleichszwecken herausarbeitet, können sowohl die Veränderungen der jeweiligen Parteien verglichen als auch die Veränderungsprozesse selbst untersucht werden. Diese Arbeit folgt dem Urteil von Heinrich August Winkler, der in einer „Erzählung keinen Gegensatz zur Erklärung, sondern deren angemessene Form“ (Winkler 2000b: 3) sieht.¹

Die zugrunde liegende These ist folgende: Der Wandel der Sozialdemokratie in Deutschland und Großbritannien in den letzten 15 Jahren hat dieselbe Vektorrichtung – die Transformation zur Marktsozialdemokratie –, aber die Konfiguration dieses politischen Modells, der Wandel des politischen Paradigmas sowie des Begriffes sozialer Gerechtigkeit erfolgt „pfadabhängig“. Denn sozialdemokratische Akteure entwickeln ihre Strategien, so die Annahme, innerhalb ihrer jeweiligen nationalen und europäischen Opportunitätsstrukturen – ihrer Sozialmodelle, ideellen und kulturellen Traditionen (dazu ausführlicher Kapitel 2).

Methodisch ist diese qualitative Arbeit fallorientiert vergleichend, genauer: paarvergleichend, angelegt. Der qualitativ vergleichende Forschungsansatz (vgl. Ragin 1987) zeichnet sich durch seine holistische Herangehensweise aus, in der es darum geht, „die untersuchten Fälle als Ganze zu verstehen, zu interpretieren

¹ „Ein literarischer Stil ist für die Genauigkeit sozialwissenschaftlicher Beschreibungen nicht nebensächlich [...] Der Sozialwissenschaftler ist ein Kommunikator, indem er Bedeutungssysteme aus anderen Kontexten übermittelt. Auf diese Weise greifen die Sozialwissenschaften auf dieselben Quellen der Beschreibung (gemeinsames Wissen) zurück wie Romanschriftsteller oder andere, die fiktive Darstellungen des sozialen Lebens schreiben“ (Giddens 1995: 339).

und zu erklären“ (Borchert 1995: 85). Denn, wie Donald Sassoon in seiner glänzenden Geschichte des europäischen Sozialismus geschrieben hat:

„[T]he history of a party is inseparable from the history of the economic and social structures which shape it and against which it strives“ (1996: XXV).

Eine historisch-interpretierende Vorgehensweise zwingt den Forscher, sich mit den geschichtlichen, den strukturellen und institutionellen Prozessen intensiv auseinanderzusetzen und in einen Dialog mit den Fällen zu treten. In einem „theoretically guided historical account“ (Gourevitch 1986: 34) werden die gemeinsamen Fluchtpunkte des Wandels erarbeitet, jedoch die institutionellen Unterschiede integriert, so dass Kontrast und Kongruenz einander nicht ausschließen müssen.

Nur zwei Fälle miteinander zu vergleichen, setzt einer komparatistischen Vorgehensweise bestimmte Grenzen. Man hat eine „geringe Fallzahl“, Rahmenbedingungen können nicht vollständig kontrolliert werden, indem z. B. völlig andere, kontrastierende Fälle, miteinbezogen werden. John Stewart Mill hatte in „A System of Logic“ (1843) die *Methode der Übereinstimmung* sowie die *Methode der Differenz* als Vergleichsmethoden vorgeschlagen, an denen sich die vergleichende Politikwissenschaft bis heute orientiert (Berg-Schlosser/Müller-Rommel 2003). Der erste Ansatz sucht nach den entscheidenden Ähnlichkeiten sonst gänzlich unterschiedlicher Fälle (most divergent cases), der zweite in gleichartigen Umgebungen (most similar cases) nach den entscheidenden Unterschieden (vgl. Przeworski/Teune 1970). Diese Methoden des Vergleichs sind für zwei Fälle nur schwerlich zugänglich.

Eine historisch-interpretative Betrachtungsweise lässt dessen ungeachtet beträchtliche Erkenntnisgewinne zu. Wir haben es sowohl bei der Labour Party als auch bei der SPD mit zwei sozialdemokratischen Parteien zu tun, die bis in die 1970er Jahre klassische keynesianische und wohlfahrtsstaatsorientierte Parteien waren. Beide haben in den letzten 15 Jahren die Transformation zur Marktsozialdemokratie vollzogen. Man hat also im Längsschnitt *im jeweils einzelnen Fall* zwei verschiedene Zustände – keynesianische und Marktsozialdemokratie –, man kann also nun fragen: Was sind die gemeinsamen Größen und Faktoren, die in beiden Ländern die Transformation zur Marktsozialdemokratie ausgemacht haben? Dies entspricht einem Zugriff, den Theda Skocpol und Margaret Somers (1980) als „parallel demonstration“ einer Theorie oder einer Hypothese bezeichnet haben. Wie in dieser Arbeit gezeigt wird, findet der Wandel zur Marktsozialdemokratie in Deutschland und Großbritannien nicht in der reinen Negation der keynesianischen Sozialdemokratie statt, sondern in der Form, dass der Kerngedanke des sozialde-

mokratischen Nachkriegsmodells – der Einklang von Wirtschaftswachstum und sozialer Gerechtigkeit – in transformierter Form erhalten geblieben ist. Das politische Paradigma, vor allem die darin enthaltene politische Ökonomie, hat sich gewandelt, doch Marktsozialdemokratie bedeutet nicht den Abschied von der sozialen Gerechtigkeit, sondern ihre Zurichtung auf die Marktfähigkeit. Der jeweils zureichende Faktor in beiden Parteien war der Aufstieg einer innerparteilich dominanten Koalition, die ein neues politisches Paradigma durchgesetzt hat.

Nun hat sich diese dominante Koalition in Deutschland und Großbritannien nicht simultan durchgesetzt, auch hat die Marktsozialdemokratie in beiden Ländern nicht dieselbe Gestalt angenommen. Soziale Gerechtigkeit wird anders dekliniert, programmatische Präferenzen verlaufen entlang nationaler Strukturmerkmale oder kollektiver Erfahrungen. Die jeweils spezifische Ausprägung der sozialdemokratischen Transformation und ihrer Normen kann durch die Methode des „contrast of context“ ausgearbeitet werden. Diese Perspektive bietet sich gerade für den Vergleich von Labour Party und SPD an, stehen Deutschland und Großbritannien beide doch in der vergleichenden Kapitalismus- und Wohlfahrtsstaatsforschung für idealtypisch entgegengesetzte Pole: Großbritannien als liberaler Kapitalismus mit einem liberal-residualen Wohlfahrtsstaat und Deutschland als koordinierter Kapitalismus mit einem konservativen Wohlfahrtsstaat (Esping-Andersen 1998; Hall/Soskice 2001). Die zentralistische Mehrheitsdemokratie Großbritanniens (Westminstermodell) ermöglicht umfangreichere, direktere und schnellere Gestaltungsmöglichkeiten als die föderative Konsensdemokratie Deutschlands (Schmidt 2000a).

Der „contrast of context“ geht, wie Skocpol/Somers (1980) dargestellt haben, den entgegengesetzten Weg der „parallel demonstration“: Man versucht das Einzigartige der Fälle, ihre Unterschiede, ihre komplexe innere Struktur herauszuarbeiten, indem man sie gegenüberstellt.² Dabei schließen sich diese beiden Forschungslogiken nicht aus, sondern lassen sich gewinnbringend verbinden, indem durch die Kontrastierung der Kontexte die parallele Demonstration einer Hypothese aufgeschlüsselt, differenziert und nicht zuletzt auch die Grenzen der Erklärung aufgezeigt werden können. Eine ähnliche Forschungslogik zum Vergleich der SPD und der Labour Party bis in die 1930er Jahre wendet Stefan Berger (1997) an, der mit dem Rückgriff auf die Klassifizierung von Charles Tilly (1984) eine Hybridform wählt aus einem *universalen Vergleich*, der unterschiedliche Fälle auf Gemeinsamkeiten ordnet, und einem *Variationsvergleich*, der die Fälle als Variationen ein und desselben Grundfalls untersucht.

² Das führt bisweilen zu dem Problem, dass „[i]ndependent and dependent variables are never explicitly distinguished“ (Skocpol/Somers 1980: 193).

Eine historisch-interpretative Herangehensweise unterscheidet sich erheblich von einer Geschichte der SPD und Labour Party. Um die Verdichtungen und Verflüssigungen des politischen Paradigmas und des Gerechtigkeitsverständnisses zu ergründen, werden historische Perioden herangezogen, die eine Grundkonstellation oder einen Abschnitt des Wandels charakterisieren. Die geschichtlichen Phasen nehmen einen wichtigen Platz in dieser Arbeit ein, weil sie die Grundierung liefern, auf der der gegenwärtige Wandel stattfindet. Die Arbeit ist angelegt nach dem Prinzip einer „invertierten Pyramide“ (Sassoon 1996: XXIV). Je weiter man sich der Gegenwart nähert, desto detaillierter wird die Darstellung. Es wird eine Analyse der Marktsozialdemokratie im Lichte der Geschichte unternommen, aber keine Geschichte der Sozialdemokratie erzählt.

Christine Buci-Glucksmann und Göran Therborn (1982: 32-34) unterscheiden zwischen Konstitutionskonjunkturen, Wendepunkt-konjunkturen und Krisenkonjunkturen in der Geschichte der Sozialdemokratie. Erstere beziehen sich auf Perioden der Etablierung eines sozialdemokratischen politischen Modells, Zweitere auf große Krisen in einer historischen Phase des Kapitalismus, in denen die Sozialdemokratie ihre gesamte Programmatik überdenkt und/oder ihre Regierungspolitik grundlegend verändert. In der dritten Kategorie prallen Altes und Neues aufeinander, ohne dass eine Wendung schon vollzogen wäre. Dieser Unterscheidung folgend beginnt die Arbeit – nach einem Kapitel mit Überlegungen zu einer institutionalistischen Parteiensoziologie (Kapitel 2) – mit einer Konstitutionskonjunktur, in der die Grundlinien der Genese von Labour Party und SPD aufgezeigt und ihre politischen und programmatischen Basiselemente offengelegt werden (Kapitel 3). Anschließend werden in diesem Kapitel die historischen Einbettungen der beiden Parteien dargestellt und die Krisenkonjunktur der „vorkeynesianischen Sozialdemokratie“ erläutert – das Scheitern sozialdemokratischer Regierungen Ende der 1920er Jahre. Im folgenden dritten Kapitel werden die politische Gesamtconfiguration der keynesianische Sozialdemokratie, die Rolle des Sozialstaates, die Einbettung in die kapitalistische Arbeitsgesellschaft und die Reformperspektiven der Sozialdemokratie diskutiert. In Kapitel 5 wird die Nachkriegssozialdemokratie behandelt, in der die erfolgreiche Etablierung und Praktizierung – als eine Konstitutionskonjunktur – der keynesianischen Sozialdemokratie vollzogen wird. Die Phase des optimistischen Keynesianismus währte jedoch nicht lange, es folgte sogleich eine Krisenkonjunktur, die 1973 begann und 1979 in Großbritannien und 1982 in Deutschland endete (Kapitel 6). Es folgte eine lange Phase in der Opposition, die bisweilen von Richtungskämp-

fen in den Parteien geprägt war, aber wirklich Neues geschah vor allem in den 1980er Jahren nicht. Erst Ende der 1980er Jahre, beschleunigt durch den Zusammenbruch des Ostblocks und den globalen Siegeszug der Marktwirtschaft, gerieten auch SPD und Labour wieder in Bewegung.

Kapitel 7 behandelt die eigentliche Transformation zur Marktsozialdemokratie. Die Periode der 1990er Jahre bis 2005 war eine Wendepunktconjunktur, in der die Marktsozialdemokratie programmatische Gestalt annahm. Anfang der 1990er Jahre begann die Wende in der Labour Party, die bereits 1994 mit einer neuen *Party Constitution* einen ersten Höhepunkt fand. In der SPD blieb der große Graben, der 1999 durch den Rücktritt des damaligen Finanzministers und Parteivorsitzenden Oskar Lafontaine offengelegt wurde, zunächst noch unter der Oberfläche. Erst nach seinem Abschied brach die Dynamik der Erneuerung voll durch.

SPD und Labour Party kamen wieder in die Position, sich der Bewährungsprobe der Regierungstätigkeit zu stellen. Die Regierungspolitik wird insbesondere in den Politikfeldern Finanz-, Arbeitsmarkt und Sozialpolitik untersucht, da diese die materiell umkämpften Terrains sozialer Gerechtigkeit sind. Die Transformation zur Marktsozialdemokratie brachte mehr Wandel als in den 30 Jahren zuvor, in der materiellen und semantischen Umdeutung der sozialen Gerechtigkeit. Am Ende stand ein neues politisches Paradigma. Zuletzt (Kapitel 8) wird ein Blick auf die aktuellen Legitimationsprobleme der Marktsozialdemokratie, ihre Rolle in der Demokratie und ihre Zukunftsfähigkeit geworfen.

Diese Arbeit versteht sich als ein Beitrag zur Politischen Soziologie der Sozialdemokratie. Eine Politische Soziologie muss aus verschiedenen Disziplinen schöpfen, sie ist notwendigerweise eine *interdisziplinäre Hybride* (Sartori 1969). Peter Gourevitch hat in seiner Arbeit über wirtschaftspolitische Reaktionen auf Krisen, „Politics in Hard Times“, eine für diese Arbeit inspirierende „Politische Soziologie der politischen Ökonomie“ (Gourevitch 1986) entwickelt, die gesellschaftliche Akteure mit ökonomischen Strukturen und Ideologietraditionen in Beziehung setzt. Auch Herbert Kitschelt sieht gerade für sozialdemokratische Parteien die Notwendigkeit einer Brücke „across the familiar divide between students of comparative political economy and parties and elections“ (1999: 318).

In dieser Arbeit wird in Anlehnung an dieses Herangehen eine institutionalistische Parteiensoziologie verfolgt. Die Grundlinien solch einer Herangehens-

weise hat Colin Hay in seinem Aufsatz „How to study the Labour Party“ (2003) dargestellt. Er stellt das Wechselverhältnis von „political conduct, political discourse and political context – in short, the thorny perennials of structure and agency, the discursive and the material“ in den Mittelpunkt (ebd.: 190f). Das ist ambitioniert, aber diese Vorgehensweise erscheint dem Verfasser richtig und sinnvoll. Während in Kapitel 2 die Grundzüge einer institutionalistischen Parteiensoziologie darlegt werden und deshalb in dieser Einleitung nicht weiter darauf eingegangen wird, müssen noch ein paar Worte zur Analyse des Begriffs der sozialen Gerechtigkeit verloren werden, stellt er doch den zentralen Gegenstand der programmatischen Untersuchungen dar. In allen Perioden werden wichtige programmatische Dokumente der Parteien untersucht. Dies sind in erster Linie die Grundsatzdokumente, in einigen Fällen werden zusätzlich Wahlprogramme, Policy-Dokumente sowie charakteristische programmatische Interventionen miteinbezogen. Diese wurden nach der Methode der qualitativen Inhaltsanalyse untersucht (vgl. Mayring 2000). Die Kategorien zur inhaltsanalytischen Erfassung von sozialer Gerechtigkeit werden in Abbildung 1 in Kapitel 2 dargestellt, damit der Leser und die Leserin einen Überblick über die verwendete Differenzierung bekommen.

Die eigenen Forschungsprämissen sind in ihrem Zugriff zwangsläufig immer subjektiv:

„Forschung ist in gewisser Weise ein Blicken durch die Linse einer Kamera [...] Vieles hängt also von den individuellen Präferenzen und praktischen Überlegungen des Forschers ab“ (Koselleck 2006: 87).

Es wird nicht nur auf verschiedene Disziplinen zurückgegriffen, sondern auch auf verschiedene Theorietraditionen – insbesondere auf institutionalistische, konstruktivistische und neomarxistische Ansätze. Bei diesem problemgeleiteten „aufgeklärten Eklektizismus“ (Borchert 1995: 26; vgl. Offe 1984: 253f; Giddens 1995: 35; Jessop 1990: 10ff) sind es gerade die differenten Zugriffe auf Problemstellungen, die Erkenntnisse befördern können und nicht behindern. Denn hat man nur einen Hammer, findet man auch immer nur Nägel.

Zur unbedingten Redlichkeit des Forschers gehört auch die Offenlegung der eigenen Präferenzen. Denn so etwas wie eine neutrale Wissenschaft gibt es nicht, gerade die „theoretically innocent“ (Bevir/Rhodes 2006: 96) Aufzählungen von Fakten oder der Anspruch, „objektive“ Erkenntnisse zu präsentieren, ist normativ unterlegt. Auch in der Wissenschaft zählt die eigene Haltung, meine ist die der Emanzipation und der damit verbundenen kritischen Wissenschaft.

Eine Dissertation zu schreiben ist ein intensiver, aufwendiger Prozess, den man ohne die intellektuelle, organisatorische, persönliche und familiäre Unterstützung einer ganzen Reihe von Personen und Institutionen nicht bewältigen kann. Ich war in der glücklichen Lage, von zwei außerordentlichen „Doktorvätern“ begleitet worden zu sein – Stephan Lessenich und Franz Walter. Die Kombination aus soziologischer (durch Ersteren) und politikwissenschaftlicher (durch Zweiteren) Perspektive habe ich als ideale intellektuelle Interdisziplinarität und Inspiration erfahren. Ihr Scharfsinn, ihre Bereitschaft, meine Thesen immer wieder zu diskutieren, und ihre wissenschaftliche Offenheit haben mich nachhaltig geprägt.

Ermöglicht hat diese Arbeit die Deutsche Forschungsgemeinschaft und das Graduiertenkolleg „Die Zukunft des europäischen Sozialmodells“ an der Universität Göttingen. Dort konnte ich mit zahlreichen Kolleginnen und Kollegen meine Überlegungen diskutieren. Das Kolloquium der AG Parteienforschung an der Universität Göttingen war eine unentbehrliche Quelle für mich. Ohne die dort geführten Diskussionen, die wir mitunter bis in die späte Nacht im „Berliner Hof“ fortgesetzt haben, und die Exkursionen hätte ich „das Sozialdemokratische“ nie wirklich verstanden. An der University of Birmingham konnte ich als Gastwissenschaftler das britische Sozialmodell studieren und das „Labour Party Archive“ in Manchester hat mich mit wertvollem Material versorgt.

Wertvolle Kritik, Anregungen und Hilfe bekam ich von Claire Annesley, Antonio Brettschneider, Tobias ten Brink, Alex Callinicos, Colin Hay, Martin Höpner, Anne Karrass, Wolfgang Krumbein, Ralf D. Lange, Kathrin Mohr, Thorsten Niechoj, Rosemarie Nünning, Ingo Schmidt, Tim Spier, Oliver Trede und Thomas Walter. Ohne die Unterstützung meiner Eltern und ohne Susanne wäre es gar nicht gegangen. Ihnen gebührt mein tiefer Dank, diese Arbeit ist ihnen gewidmet.

Abgeschlossen wurde diese Arbeit im Frühjahr 2008, der Untersuchungszeitraum reicht bis in das Jahr 2007. Seitdem hat sich jedoch der Zustand der Welt dramatisch verändert. Die globale ökonomische Krise stellt die Politik vor bislang nicht erprobte Herausforderungen. Ein neues Zeitalter der Unsicherheit und des Umbruchs, ein neues Zeitalter der Staatlichkeit nimmt Form an. Auch die Marktsozialdemokratie wird von dieser Wucht erfasst – und sich möglicherweise weiter transformieren. Richtung und Erfolg dieses erneuten Wandels sind gleichwohl – genau wie unser Zeitalter – ungewiss.

In diesem Buch werden Vergangenheit und die noch nicht vollendete Gegenwart der Sozialdemokratie in den Blick genommen – vielleicht kann es dazu beitragen, Lehren für die Zukunft zu ziehen.

2. Institutionalistische Parteiensoziologie

„Die Geschichte einer Partei zu schreiben, bedeutet nichts anderes, als die allgemeine Geschichte eines Landes unter einem monografischen Gesichtspunkt zu schreiben [...] So geht daher aus der Weise, die Geschichte einer Partei zu schreiben, hervor, welchen Begriff man davon hat, was eine Partei ist oder sein soll.“
Antonio Gramsci

„Die neuen Behauptungen müssen die alten enthalten, ohne Bezug auf die alten sind sie nicht der Erfahrung einverleibbar.“
Bertold Brecht

In den entwickelten westlichen Demokratien üben Parteien eine Reihe von gesellschaftlichen und staatlichen Funktionen aus. Wie kaum ein anderer Akteur prägen sie die politische Willensbildung, fungieren als Sinnproduzenten, bündeln und vermitteln gesellschaftliche Interessen. Sie entscheiden über Gesetze, Maßnahmen und Interventionen. Parteien ermöglichen Partizipation, legitimieren Herrschaft, kanalisieren Opposition und tragen zur politischen Integration bei. Zu ihrer Geschichte und zu ihren Funktionen gehören ebenso Spaltung, Selektion und Polarisierung. Parteien sind auch heute noch, was Max Weber (1980: 167) klassisch als „Organisationen für die Werbung von Wahlstimmen“ bezeichnete. In der Parteienforschung betrachtet man Parteien deshalb zumeist aus der Perspektive des Parteienwettbewerbs. Dabei wird untersucht, inwieweit Parteien in der Lage sind, sich an veränderte Rahmenbedingungen erfolgreich anzupassen³ bzw. den Policy-Output zu prägen.⁴

³ Diese Fähigkeit ist für Parteien zweifellos überlebenswichtig, allerdings ist dort immer wieder ein latent normativer Bias vorhanden: Es wird angenommen, dass für sie geänderte Umweltbedingungen eine bestimmte Anpassungsrichtung voraussetzen, um Erfolg zu haben, der dann gleichzeitig auch zum Maßstab wird. Parteien, die erfolgreich sind, haben sich – so die tautologische Deutung – erfolgreich angepasst. Damit transportiert die Analyse des Parteienwandels eine implizite präskriptive Normensetzung und einen teleologisch-tautologischen Strukturalismus, der kontingente Anpassungsprozesse nicht erfassen und erklären kann.

Aus der Ökonomischen Theorie der Demokratie von Anthony Downs (1957), die Parteien in Anlehnung an die Axiome der neoklassischen Ökonomie als nutzenmaximierende Akteure betrachtet, die

Um die politische und programmatische Transformation sozialdemokratischer Parteien, konkret: der SPD und der Labour Party, zu untersuchen, soll jedoch eine andere Perspektive gewählt werden. Zwar werden Faktoren des Parteienwettbewerbs mit einbezogen, doch die zentrale Perspektive soll eine institutionalistische Analyse von Parteien sein.⁵ Um Parteien unter diesem Blickwinkel zu betrachten, wird sowohl auf die Entwicklungen der Parteienforschung, der vergleichenden politischen Ökonomie wie auch der Organisationssoziologie zurückgegriffen.

Parteien sollen in ihrer Organisationswirklichkeit als „reflexive Akteure“ betrachtet werden. Die Bestimmungsgründe ihres Handelns bzw. Organisationswandels werden nicht nur aus ihrer Binnendynamik oder dem Parteienwettbewerb gedeutet, sondern sie werden als in gesamtgesellschaftliche Strukturen und Institutionen „eingebettete“ Akteure verstanden.⁶ Dabei handelt es sich vor allem um die Einbettung von Parteien in die Varianten ihrer jeweiligen Kapitalismen bzw. Sozialmodelle⁷, also ihrer gesellschaftlichen Umweltbezüge außerhalb der Sphäre des Parteienwettbewerbs. Die institutionellen Konfigurationen nationaler Sozialmodelle sind nicht nur – wie es die Debatte um „do parties matter?“ unterstellt – das Objekt von Parteipolitik, von *Policies*, von Maßnahmen und Reformen, sie bestimmen auch die Muster der *Politics*, die Erarbeitung von Problemdefinitionen, die Entwicklung von Alternativen, die Möglichkeiten und Grenzen der Implementierung von Reformen. Und sie bestimmen, wie Parteien

das Ziel der Stimmenmaximierung ihren politischen Grundlagen instrumentell unterordnen, haben sich verschiedene Ansätze herausgebildet. Angelo Panebianco (vgl. 1988: 6f) bescheinigt diesem Modell, unter einem „teleologischen Vorurteil“ zu leiden, da es ein zu simples Verhältnis von Organisationszielen, ihrer Herausbildung sowie dem Organisationshandeln unterstellen würde – das Organisationsverhalten leite sich nur von den Organisationszielen ab.

⁴ Thomas M. Greven hat diese Forschungsrichtung dahingehend kritisiert, dass sie methodologisch nach dem Beitrag von Parteien zur Funktionsweise des politischen Systems „eher für es als in ihm“ frage (1993: 285), indem sie Parteien als dem System äußerliche, unabhängige „Black Boxes“ begreife.

⁵ Die Untersuchung von Parteien als Organisationen, ein geradezu klassischer Gegenstand der Parteienforschung, erfreute sich in den letzten Dekaden nur geringem Zuspruch (vgl. Mair 1997: 70; Wiesendahl 1998; Wolinetz 1988: 4). Dabei ist die Erforschung der Organisationswirklichkeit von Parteien ein geradezu klassisches Feld der Parteienforschung gewesen, von den frühen Studien zur Soziologie von Parteien (Michels 1911; Ostrogorski 1902) bis hin zu den Untersuchungen der 1950er und 1960er Jahre (Duverger 1959; Eldersveld 1964).

⁶ Vgl. dazu auch Rudolf Walther: „Die Theoriebildung in der Sozialdemokratie kann nicht begriffen werden, wenn man einen festen, gleichbleibenden Bestand an Theorien [...] voraussetzt. Vielmehr bewegte sich der Prozess der Theoriebildung ständig mit dem realgeschichtlichen Prozess, und die verschiedenen Ansätze und Antworten auf neue Situationen müssen in diesem Kontext gesehen und untersucht werden“ (1981: 28).

⁷ Verstanden als die „modellierete Konfiguration sozialer Beziehungsstrukturen in einer Marktökonomie“ (Lessenich 2003b: 31f).

als *institutionalisierte* und gleichermaßen *institutionalistische* Akteure Entscheidungen finden, Kompromisse schließen, Leitbilder entwickeln und programmatische Lösungen erarbeiten. Während das Verhältnis von Parteien zu ihrer Klientel, ihren Wählern und Anhängern relativ gut erforscht bzw. umfassend diskutiert worden ist (für einen Überblick vgl. Falter/Schoen 2005), ebenso wie entlang der Parteiendifferenzthese (z. B. Schmidt 2002; Keman 2002), welche Rolle Parteien beim Aus- oder Abbau von Wohlfahrtsstaaten spielen, so wird die umgekehrte Frage kaum gestellt: Welchen Einfluss üben die nationalen Kapitalismen und Wohlfahrtsstaaten, d. h. die Variante kapitalistischer Interaktions- und Regulierungsbeziehungen sowie die sozialstaatlichen Solidaritäts-, Schichtungs-, und Reziprozitätsmuster, auf den Wandel der Policyalternativen, der Wissensprozesse und Entscheidungsabläufe der Parteien aus? Welchen Einfluss nehmen sie auf die politischen Begriffe, die Semantik und Grammatik, mit der Reformen und Forderungen gedacht und artikuliert werden?

In der neueren vergleichenden Soziologie und politischen Ökonomie hat man zwar den Wandel der Sozialmodelle und der dazugehörigen Institutionenordnungen elaboriert untersucht, die Akteurskonzeptionen selbst sind jedoch bisher relativ unausgereift geblieben, meist sind sie einfach eine Black Box bzw. utilitaristisch-rationale Akteure, da man stärker auf die *Akteursbeziehungen* und nicht auf die Akteure selbst fokussiert(e). Und dort, wo man sich tatsächlich der Untersuchung von Akteuren gewidmet hat, stehen vor allem Unternehmen, Verbände und Gewerkschaften im Vordergrund der Analyse.⁸ Deshalb die Frage: Gibt es so etwas wie Wahlverwandtschaften von Parteien zu „ihren“ Sozialmodellen?⁹ Wenn ja: Welche Rolle spielt die Tradierung von kollektiven Erfahrungen, Werten und Leitbildern bei spezifischen Typen?

Um den politisch-programmatischen Wandel der SPD und der Labour Party, vor allem in Hinblick auf den Wandel sozialer Gerechtigkeit, zu untersuchen, wird zuvorderst eine Heuristik für eine neoinstitutionalistische Parteienforschung mit Blick auf *Parteien als Organisationen* erstellt. Das Ziel: Eine kritische Rekonstruktion des Wandels der beiden sozialdemokratischen Parteien, in der gleichermaßen die gemeinsame Transformation nachgezeichnet und die Vielfalt in der Einheit, die Kontraste, die Abweichungen in der gleichgerichteten historischen Bewegung aufgezeigt werden.

⁸ Z. B. fordern Bernhard Ebbinghaus und Philip Manow: „The role of political parties in the formation and reproduction of national models of capitalism needs to be studied more systematically“ (2001a: 305).

⁹ Unter dem Begriff „institutioneller Isomorphismus“ haben DiMaggio/Powell (2000) die These vorgebracht, dass die Strukturierung organisatorischer Felder zu einer relativen Angleichung der im Feld befindlichen Organisationen führt.

Wandel, so die Annahme, wird nicht allein durch die Umweltbedingungen determiniert, sondern innerparteilich, unfreiwillig oder freiwillig, von der Partei und ihren Mitgliedern herbeigeführt. Parteien sind weder völlig umwelt-, noch sind sie gänzlich selbstbestimmt – sie sind „semisouverän“ (Wiesendahl 1998: 184). Formen des Organisationswandels sind deshalb zumeist

„the effect of an external stimulus (environmental and/or technological) which joins forces with internal factors [...] The external stimulus acts as a catalyser accelerating power structure transformation (e.g. of resource distribution among different groups) where the internal preconditions of this transformation already existed“ (Panebianco 1988: 242).

Auch wenn die hier gewählte Perspektive vornehmlich auf der Mesoebene angelegt ist – sie fragt nach dem politisch-programmatischen Wandel sozialdemokratischer Parteien unter Beachtung ihrer institutionellen Einbettung –, erfordert der Ansatz, dass die Black-Box-Partei zur hinreichenden Deutung geöffnet werden muss. Parteien als intermediäre Organisationen haben Mitglieder und sind gleichzeitig Mitglieder des nationalstaatlichen Institutionensystems. Sie müssen mit zwei Umwelten gleichzeitig interagieren, „nach ‚unten‘ mit einer mehr oder weniger ‚freiwilligen‘ Mitgliedschaft [...] und nach ‚oben‘ mit einer institutionellen Umgebung, in der sie (mehr oder weniger organisierte) Organisationen unter anderen sind“ (Streeck 1987: 472). Frank Adloff bringt dies zusammen mit dem Ansatz kollektiver/korporatistischer Akteure:

„Die Handlungen kollektiver Akteure sind also aus dem Zusammenspiel von institutionellen Regeln, organisatorischen Eigeninteressen und anderen Handlungsorientierungen zu erklären“ (2004: 319).

Kurzum: Die Untersuchungsperspektive erfordert die Zusammenschau von Makro-, Meso- und Mikroebene.¹⁰ Eine Mikroanalyse von Parteien, ihres Innenlebens, ihrer Strukturen, der Machtverhältnisse, der Strömungen, Traditionen und programmatischen Positionen verknüpft den Wandel von Umweltbedingungen mit dem von Parteien, um das Agens des Veränderungsprozesses zu destillieren.

¹⁰ Um aber zu einer „Theorie kollektiver Akteure“ zu kommen, braucht es noch mehr; sinnvoll wäre vor allem eine Integration von Theorien der sozialen Bewegungsforschung und der Organisationsforschung. Solch eine Theorie „müsste in der Lage sein, eine Verbindung zwischen der Mikroebene der Individuen und einer gesellschaftlichen Makroebene herzustellen. Makrosoziologische Effekte wären über das Handeln von kollektiven Akteuren – die auf dem Handeln von Individuen beruhen, sich aber auch ihnen gegenüber emergent verhalten – erklärbar und müssten nicht akteurslos verfahrenen Differenzierungstheorien überantwortet werden“ (Adloff 2004: 316).

Durch Integration von Institutionalismus und Handlungstheorie droht allerdings die Überkomplexität der Untersuchung. Man muss (zu) viele Ebenen berücksichtigen, um valide Schlussfolgerungen ziehen zu können. Zur Vereinfachung kann die Forschungsperspektive der „abnehmenden Abstraktion“ (Lindenberg 1991) angewandt werden. Hierauf Bezug nehmend plädieren Renate Mayntz und Fritz Scharpf für eine „Mehrebenenperspektive, in welcher der institutionelle Rahmen das Handeln von Organisationen prägt, während diese ihrerseits für das Handeln ihrer Mitglieder den institutionellen Rahmen bilden“ (Mayntz/Scharpf 1995: 44). Allerdings prägt der institutionelle Rahmen das Handeln nur, er determiniert es nicht (vgl. Adloff 2004: 319). Um diesen Umstand für die Forschungspraxis handhabbar zu gestalten, schlagen Mayntz/Scharpf (vgl. 1995: 66) vor, folgendermaßen vorzugehen: Da der institutionelle Kontext auch die Handlungsstrukturen mitbestimmt, weiß man bereits viel über die Akteure, wenn man den Kontext kennt. Die Mikroperspektive muss dann miteinbezogen werden, wenn „institutionelle Faktoren und der situative Kontext das beobachtbare Tun und Lassen eines korporativen Akteurs nicht zureichend erklären können“ (ebd.: 50). Man muss also nicht mikroakteursbezogen erklären, was man auch institutionell und von der Handlungsorientierung der Gesamtorganisation herleiten kann. Man kann bei akteursbezogenen Untersuchungen zunächst mit vereinfachenden Unterstellungen arbeiten und diese erst empirisch überprüfen, wenn man einen Sachverhalt nicht anders erklären kann.

Beispielsweise kann man den inkrementellen politisch-programmatischen Wandel von sozialdemokratischen Parteien oft hinreichend auf der Ebene kollektiver Akteure erklären. Für bestimmte Ereignisse, sich kumulierende, radikale Transformationen, muss man jedoch die Prozesse innerhalb der Partei untersuchen. Mit anderen Worten: Inkrementeller Wandel ist in der Regel durch den Blick von oben auf die Partei – durch die Annahme von kollektiver Willensbildung, Responsivität und Adaption – zu begreifen. In diesen Fällen ist die Partei „identisch“ mit der Führung der Partei (bzw. diese das Pars pro Toto für die Partei). Aber für „abweichendes“ Verhalten, Brüche und Paradigmenwechsel ist selektiv die Black Box zu öffnen und nach der Neuzusammensetzung der Partei, den Machtverhältnissen der politischen Koalitionen innerhalb der Partei und deren Veränderungen zu fragen.

Im ersten Teil dieses Kapitels werden zunächst die Grundlagen einer institutionalistischen Parteiensoziologie diskutiert, die später auf die Analyse sozialdemokratischer Parteien angewendet werden soll. Diese ist relativ allgemein verfasst, aber auf einen bestimmten Gegenstand gerichtet. Zu dieser institutionalistischen Parteiensoziologie gehören das Konzept der reflexiven Handlungs-

steuerung, das Verhältnis von Struktur, Wissen und Handlung sowie die Arenen, in denen Parteien eingebettet sind. Im zweiten Teil dieses Kapitels werden Parteien als Organisationen und als Handelnde diskutiert. Dafür wird auf das Konzept von korporativen Akteuren zurückgegriffen, sowie die Rolle von politischer Führung und Programmatik diskutiert. Mit dem Begriff des politischen Paradigmas wird abschließend ein Konzept vorgestellt, das den Zusammenhang von Programmatik und Politikalternativen von Parteien auf der Basis von Wissen verstehbar macht.

2.1 Parteien als gesellschaftlich eingebettete Akteure

Die im Folgenden entwickelte institutionalistische Heuristik betrachtet Parteien als Organisationen, die responsiv nicht nur mit den anderen Parteien und den Wählern, sondern ebenso mit den Makrostrukturen und -institutionen ihrer jeweiligen Gesellschaften – Kapitalismus, Wohlfahrtsstaat und Demokratie – verflochten sind. Eine neoinstitutionalistische Parteienforschung muss unbestreitbar die Konstitution der parlamentarischen Sphäre berücksichtigen, gleichermaßen aber auch die anderen makrosozialen Strukturen und Institutionen der Gesellschaft in die Erforschung von Parteien als Organisationen miteinbeziehen – „Parteientheorie ist Gesellschaftstheorie“ (Stöss 1983: 23; vgl. auch Ebbighausen 1981; Lenk/Neumann 1974). Der hier vorgestellte Ansatz soll Parteien als korporative Akteure begreifen, die zur reflexiven Steuerung ihres Handelns fähig sind. Einerseits sind Parteien in die Werte-, Normen-, Ordnungs- und Handlungssysteme ihrer Sozialmodelle (sowie ihrer internationalen Verflechtungen) eingebettet. Andererseits werden sie verstanden als organisierte Gruppen, freiwillige Vereinigungen von Menschen, die gesellschaftliche Wandlungsprozesse kognitiv und analytisch verarbeiten, rahmen und diskutieren und dadurch gleichzeitig (mehr oder weniger intentional) Akteure eben jenes Wandels der Gesellschaft sind.

2.1.1 Reflexive Handlungssteuerung

Parteien haben einen relationalen Charakter und sind gleichermaßen Objekt und Subjekt des Parteiensystems und der Sozialstruktur. Dieser selbstverständlich anmutenden Prämisse wurde jedoch oftmals nicht gefolgt, so dass sie immer wieder kritisch eingefordert wurde (vgl. Mair 1997; Wolinetz 1988; Panebianco 1988; Sartori 1969). Zudem haben Parteien ein „genetisches Modell“, einen historischen Kern, von dem ausgehend sie sich entwickeln, sich verdichten,

schließlich „institutionalisieren“ (Panebianco 1988: 49f). Dieser Kern ist verknüpft mit der gesellschaftlichen Konfliktlinie, die die Parteien ursprünglich politisiert haben – bei sozialdemokratischen Parteien dem Konflikt zwischen Kapital und Arbeit (Lipset/Rokkan 1967).

Parteien als reflexiv handelnde Akteure lassen sich ertragreich mit Anthony Giddens *Theorie der Strukturierung* (1995) begreifen:

„In ihrem Alltagshandeln beziehen sich die Akteure immer und notwendig auf die strukturellen Momente übergreifender sozialer Systeme, welche strukturellen Momente sie so zugleich reproduzieren“ (ebd.: 77ff).

Diese „Dualität von Struktur“ (ebd.: 77-81) nimmt einen zentralen Platz in Giddens Theorie ein. Er versteht Strukturen – analog zum Neoinstitutionalismus – als „Regeln und Ressourcen“ (ebd.: 45), zugleich als Medium und Resultat des Verhaltens. Strukturen sind nicht gleich einem äußerlichen Zwang, sie schränken Handeln nicht nur ein, sondern sie ermöglichen es ebenso, sind Wegweiser hin zu gangbaren Pfaden. Gleichwohl entziehen sich die Strukturmomente und Strukturprinzipien, für Giddens die institutionalisierten Aspekte und Arrangements sozialer Systeme, der Kontrolle individueller Akteure, sind also partiell unabhängig von ihnen.

Handeln ist für Giddens nicht die bloße Exekution individueller Präferenzen (wie bei den Rational-Choice-Theorien), sondern geleitet von selbstreflexiver Kontrolle. Akteure beleuchten und deuten nicht nur fortwährend ihr eigenes Handeln, sondern auch das der anderen Akteure. Sie sind keine Adepten der gesellschaftlichen Zwänge, sondern nehmen steuernden, formenden und reformierenden Einfluss auf die Gesellschaft.

Parteien sind gleichermaßen politischer Entrepreneur wie auch Erbe ihrer Geschichte; sie sind von ihrem Wesen her „reflexiv“. Reflexivität heißt „prozessurale Selbstreferenz“ (Luhmann 1984: 610ff): die rückbezügliche Beobachtung des eigenen Handelns, die Thematisierung des Selbst und seine Eigenreferenzialität sowie Selbstbeschreibung (vgl. Willke 1989: 121, 125). Erst der reflexive Charakter von Akteuren ermöglicht ihnen, sich strategisch auf ihre Umwelt zu beziehen (vgl. Hay 2002b: 210f).¹¹

¹¹ Zur Strategiefähigkeit (deutscher) Parteien vgl. Nullmeier/Saretzki (2002).

2.1.2 Struktur, Wissen und Handlung

Im Folgenden wird ein Ansatz zur Untersuchung von Strukturen, Wissen und Partei handeln skizziert. Für diese Überlegungen werden Handlungsmodelle berücksichtigt, die die Dialektik von Struktur, Deutung und Handlung einbeziehen (Hay 2002b; Wiesendahl 1998):

„Handeln [in und von Parteien] resultiert aus der aktiven Auseinandersetzung des Akteurs mit seiner Umwelt, in dem er die Situation, in der er sich befindet, sinnhaft interpretiert und ihr die Bedeutung für das Handeln abgewinnt“ (Wiesendahl 98, 124).¹²

Frank Nullmeier schlägt einen Wissensbegriff vor, der sowohl normatives wie deskriptives, implizites wie explizites Wissen erfasst, also mehr als ein rein kognitives System ist (vgl. 1993: 182). Wissen ist ein vielschichtiger Begriff, der sowohl auf ausgearbeitete gesellschaftliche Ideensysteme oder Weltanschauungen als auch auf naturwissenschaftlich verifizierte Sachlagen, Erfahrungen oder implizite Alltagsroutinen angewendet werden kann (Keller 2005: 18). Wissen ist aber immer auch, so Karl Mannheims Diktum, von der „Seinsverbundenheit“ (1929) der Akteure geprägt. Elmar Wiesendahl folgt den Prämissen von Berger/Luckmann (1969) und nimmt an, dass die dem Akteur äußerliche physische Welt ihm nicht unmittelbar – quasi „objektiv“ – entgegentritt, sondern erst in aktiver Darstellung, Deutung, Interpretation – einem Prozess des gemeinschaftlich schöpferischen Erkennens – hergestellt wird: „Für Parteien ist deshalb immer nur das real, was ihre Mitglieder sozial als real definieren und für real halten“ (1998: 124).

Parteien handeln jedoch nicht nur aufgrund von Wissen, sondern auch auf der Basis von Strukturen, die die (gedeuteten) Handlungsoptionen der Parteien restringieren (vgl. Callinicos 2006: Kapitel 6; Hay 2002b: Kapitel 6). Strukturen werden von den Akteuren diskursiv gedeutet, privilegieren aber die Erfolgchancen bestimmter Diskurse. Parteien handeln also aufgrund ihrer eigenen Interpretation der Wirklichkeit, die aber „strategisch-selektiv“ für unterschiedliche Akteure ist (Jessop 2002, 1990; vgl. auch Offe 2006).

¹² Ähnlich argumentieren auch Colin Hay und Ben Rosamond: „For it is the ideas that actors hold about the context in which they find themselves rather than the context itself which informs the way in which actors behave“ (2002: 148).

2.1.3 Arenen der Einbettung

Angelo Panebianco (vgl. 1988: 204, 207) betont die wechselseitige Verbundenheit von Parteien mit ihrer Umwelt, die er als Arenen bezeichnet. Die Einbettung von Parteien in verschiedene gesellschaftliche Arenen soll entlang eines neoinstitutionalistischen Ansatzes vorgenommen werden, wobei in diesem neoinstitutionalistischen Ansatz (Makro-)Strukturen wie auch Institutionen – „verfestigte Sozialformen mit regulierender und orientierender Wirkung“ (Lessenich 2003b: 43) – als Arenen begriffen werden. Akteure bzw. Parteien werden, wie in dieser Arbeit, gleichermaßen als Objekt und Subjekt betrachtet (vgl. Thelen/Steinmo 1992: 10).¹³ Institutionen beeinflussen und strukturieren die Interaktionen, Deutungsleistungen und Strategien der Akteure, sie relationieren sie „auf doppelte Weise: mit den Wertvorstellungen einer sozialen Ordnung und mit den Handlungsdispositionen anderer sozialer Akteure“ (Lessenich 2003b: 51; vgl. auch Gourevitch 1986: 28). Sie begrenzen und ermöglichen das Akteurshandeln und sind selbst das Ergebnis politischen Handelns. Oder, wie Bo Rothstein es in einer Marx-Paraphrasierung ausgedrückt hat:

„[W]hile people make history under circumstances not of their own choosing, the circumstances might will be of their own making“ (1992: 90).

Parteien werden von verschiedenen Arenen – vermittelt über Wissensprozesse – geprägt: der Sozialstruktur, den sozialen und politischen Institutionenordnungen (z. B. Arbeitsmarkt, Sozialpolitik), die in der Regel mit bestimmten Makroregimen (Kapitalismusvariante, Wohlfahrtsstaatstyp)¹⁴ verbunden sind, sowie dem

¹³ Die sogenannten Machtressourcen-Ansätze, die die sozialdemokratische Regierungspolitik in den 1970er und 1980er Jahren untersuchten, haben erste wichtige Anstrengungen unternommen, Partei-handeln mit Makrostrukturen und Institutionen zu verknüpfen (z. B. Esping-Andersen 1985; Merkel 1993a; Castles 1978). Allerdings haben sie sich im Wesentlichen mit der Erklärung von sozialdemokratischer Regierungspolitik und den Möglichkeiten von Regierungsmacht und Regierungshandeln beschäftigt – und nicht mit dem Wandel der Parteien.

¹⁴ Die Ergebnisse der vergleichenden Kapitalismusanalyse (vgl. Hall/David 2001; Esping-Andersen 1998; Crouch 2005) sind als Forschungsheuristik für diese Untersuchung sinnvoll, wenngleich sie bestimmte Fragen – wie die Stellung in der Weltwirtschaft und die Rolle der Zentralbanken – ausblenden (vgl. Panitch/Gindin 2005). Dazu zeigt sich in historischer Perspektive, dass die Forschungsperspektive auf die „strategische Interaktion“ zwischen den Wirtschaftssubjekten zur Untersuchung von sozialdemokratischen Parteien nur wenig beiträgt. Während diese Literatur hauptsächlich auf die Korporationsbeziehungen der Unternehmen zueinander (capital-capital) fokussiert, ist für eine Analyse sozialdemokratischer Parteien die Untersuchung von industriellen und korporatistischen Beziehungen (capital-labour) von größerer Bedeutung (Coates 2005, 2001b).

politischen System (Konsensdemokratie, Westminstermodell), zu dem auch das Parteiensystem gehört.

Nicht alle Arenen haben denselben Stellenwert. Für Parteien sind das politische System und der damit verbundene Parteienwettbewerb der zentrale Raum der politischen Wahrnehmung und des Handelns. Deshalb wird das Parteiensystem für gewöhnlich auch als „dominante“ Arena betrachtet, durch die alle anderen Arenen in ihrer Bedeutung gefiltert werden. Dennoch hat diese Arbeit einen anderen Fokus. Hier werden im Wesentlichen die institutionellen Arenen und ihre Verbindung zu den Parteien betrachtet und die Sozialstruktur, das politische System und der Parteienwettbewerb nur dort herangezogen, wo es problemrelevant erscheint und zur Erklärung des Parteihandelns beiträgt.

Zu den Umweltbedingungen des Parteihandelns zählen auch ideelle Faktoren. Im weiten Sinne umfasst es die politisch-kulturelle Dimension (vgl. Borchert 1995; Gransow/Offe 1981). In der Gegenwart betrifft sie die gesellschaftlichen Zustimmungsmuster, einen sowohl in der Gesellschaft als auch innerhalb der Eliten geteilten Basiskonsens – gesellschaftliche Hegemonie (vgl. Jessop 1990: 161). Dieser politische Basiskonsens bereitet und beschränkt den Handlungsraum der Akteure (Heffernan 2002). Aber jeder gesellschaftliche Konsens verläuft entlang historischer Dimensionen, entlang nationaler Traditionen, Tradierungen und Erfahrungen. So bilden beispielsweise die national spezifischen „political economy traditions“ (Bonoli 2001; Bonoli/Powell 2002; Schmidt 2000) bzw. „economic ideology traditions“ (Gourevitch 1986) oder auch die „politische Kultur“ (Lepsius 1990), die die Akzeptanz wirtschaftspolitischer Doktrin und die dazugehörigen Normen, Werte, Traditionen bezeichnen, einen wichtigen Referenzpunkt für die Reflexion der kollektiven Akteure. Der Rolle von Ideen, Diskursen – also kognitiven und normativen Faktoren – wird im Neoinstitutionalismus mittlerweile eine größere Rolle in der Erklärung des institutionellen Wandels wie auch des Akteurshandelns eingeräumt (Schmidt 2006b).

Überdies: Parteien sind zwar „Gesinnungsgemeinschaften“ (Duverger 1959), die bestimmten Weltanschauungen anhängen. Aber sie beruhen – in der Begrifflichkeit von Lepsius – auf „sozialmoralischen Milieus“, als deren „politische Aktionsausschüsse“ sie fungieren (1973). Sozialmoralische Milieus haben in der Regel vorparteiliche Vergesellschaftungen und/oder Interessenorganisationen – Verbände, Gewerkschaften oder Kirchen –, die ihre Interessen über Parteien in das politische System tragen und ihnen dafür Unterstützung anbieten (im Fall sozialdemokratischer Parteien natürlich vor allem Gewerkschaften). Parteien sind somit durch historisch gewachsene Verkopplungen mit bestimmten Verbänden mit der Gesellschaft verknüpft, sie bilden „Organizational Net-